

Das letzte Argument

hinterfragt von Dr. Manfred Pohl

Wenn die zur Zeit etablierten Regierungs- und Oppositionsparteien (SPD, CDU, FDP, Grüne, die Linke) über die AfD reden, betonen sie stets mit eifrigem Nachdruck, daß sie im Gegensatz zu ihr auf dem Boden der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit stünden. Es ist ihr letztes Argument. Aber stehen sie da wirklich? Schaut man genauer hin, zeigt sich sehr deutlich das Gegenteil.

- Ist es etwa demokratisches Verhalten, wenn auf Schritt und Tritt die Menschen in unserem Lande belogen, getäuscht, hintergangen und ausgebootet werden?
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn in fast allen gesellschaftlichen Bereichen die Mehrheitsmeinungen systematisch ignoriert werden, wenn also die Parteien konsequent und planmäßig gegen das Volk arbeiten? Beispiele: Die Diesel-PKW-Abschaffung, das Aus für Verbrennungsmotoren, das Heizungsdebakel, der Atomausstieg, die Energiepolitik, die Flüchtlingspolitik, die Asylpolitik, die Umweltpolitik, die Klimakatastrophenideologie, die Gesundheitspolitik, das Genderdeutsch, die Rechtschreibreformen.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn ein Volksentscheid durch Parlamentsbeschluß aufgehoben wird? Beispiel: Das Volksbegehren „WIR gegen die Rechtschreibreform“, Schleswig-Holstein 1998, 1999 aufgehoben, ein eklatanter Verstoß gegen Artikel 20 GG.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn Minderheiten mit staatlicher Unterstützung ideologische Irrtümer und fachliche Wissensdefizite gegen Mehrheiten durchsetzen können? Beispiele: Die Rechtschreibreformen, die Gender-Debatte.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn Minderheiten sich weigern, an der Realisierung von Mehrheitsbeschlüssen mitzuwirken? Beispiel: Das gegenseitige Blockieren zahlreicher Vorhaben in der Ampel-Koalition.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn kriminelle Vereinigungen wie die sogenannte „letzte Generation“ toleriert und teilweise legalisiert werden und in der offiziellen Politik nicht als kriminelle Vereinigung eingestuft werden? Beispiel: Die Berliner Senatsverwaltung der Justiz.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn durch Minderheiten der Begriff Freiheit so definiert wird, daß jeder machen könne, was er will, und diese Haltung politisch toleriert und gestützt wird?
- Nicht demokratisch legitimiert ist auch das massive Unterlaufen des allgemeingesellschaftlichen Leistungsprinzips durch Aufgeben jeglicher autoritärer Führungsgrundlagen. Beispiele: Das bedingungslose Bürgergeld, die umfassende Versorgung von Flüchtlingen ohne Gegenleistung, die Abschaffung des Schulnotensystems, das Unterlassen von Wettkämpfen im Sportunterricht, die Untersagung restriktiver Vorgehensweisen von Lehrern gegen Problemschüler. Und das Ende dieses Unsinns ist noch nicht erreicht. Im Gespräch ist eine bedingungslose fünfstellige Zuwendung für alle, die das 18. Lebensjahr vollenden. Die Abschaffung des Leistungsprinzips führt jedoch zielsicher zum Heranziehen einer gesellschaftlichen Generation minderqualifizierter Faulenzer und Parasiten.
- Ist es demokratisches Verhalten, wenn durch Gleichschaltung der Medien mit dem politischen Regierungskurs durch ideologisch gesteuerte Vorgaben gegenüber Journalisten die Pressefreiheit in Gefahr gebracht wird?
- In der Wissenschaftspublizistik ist die Pressefreiheit gänzlich unterbunden, sie ist durch willkürliche Entscheidungen presseinterner Gutachter, sogenannter Peers,

ersetzt, die kritische, nicht dem Mainstream folgende Beiträge von der Veröffentlichung ausschließen.

- Es ist auch kein demokratisches Vorgehen, wenn ein jeder, der sich kritisch über die Fehlleistungen der Politik äußert, rechtsradikal genannt und als Nazi betitelt wird. Diese bereits allgemein üblich gewordenen Zuordnungen sind Einschüchterungsversuche, mit denen kritische Auffassungen diffamiert und die offenkundigen Fehler in der Parteienpolitik verdeckt werden sollen.

Aus dem oben Beschriebenen ist ersichtlich, daß die etablierten Parteien von der Durchsetzung demokratischer Grundsätze sehr weit entfernt sind. So weit, daß sie den Begriff Demokratie für sich **nicht mehr** in Anspruch nehmen können. Sie arbeiten im Stil einer autokratischen Parteiendiktatur, die das Volk als eine unreife Masse ansieht, welche für die Teilhabe an politischen Entscheidungen ungeeignet ist. Sie glauben, alles besser zu wissen als das Volk und lancieren nach jeder Wahl mit üblem Postengeschacher geistig und fachlich unfähige Vertreter in die Spitzenpositionen, weil es bei deren Besetzung ausschließlich um Parteiprozente geht und nicht um Befähigung. Die Möglichkeit der Rückkehr zur Demokratie ist ihnen durch die festgefahrenen Parteipraktiken versperrt. In den Köpfen der Parteiführungen ist ein anderes Denken durch ideologische Erstarrungen blockiert. Gelegentliches Aufbegehren einzelner Parteimitglieder, die ein Umdenken anmahnen, wird unverzüglich durch systeminterne Mechanismen unterdrückt. Der allgemein in allen Gesellschaftsprozessen um sich greifende Antiautoritarismus zerstört alle sinnvollen, auf logischen Überlegungen und auf Sachkenntnissen aufsetzenden Führungsstrukturen. Die Führung des Landes zum Vorteil und zum Wohl der Bevölkerung ist mit diesen Parteien **nicht mehr** möglich. Sie haben die Verbindung zu ihren Wählern verloren. Oberstes Ziel ihrer Arbeit ist die Erhaltung ihrer Macht.

Und die AfD? Sie könnte eine wirkliche Alternative sein, würde sie sich von den offen faschistischen Mitgliedern distanzieren und aus ihrem Programm illusorische und nicht durchführbare Ziele entfernen. Beispiele: Auflösung der Europäischen Union, Rückkehr zur Währung der D-Mark. In ihrer jetzigen Aufstellung erschreckt sie jedoch einen großen Teil der Bevölkerung. Die Suche nach einer Alternative für die deutsche Landesführung ist deshalb noch nicht beendet. Ein untauglicher Versuch dazu ist jedoch das Beharren der etablierten Parteien auf einer sogenannten „Brandmauer“, mit der verkündet wird, daß man mit der AfD weder reden noch zusammenarbeiten will. Diese Vorgehensweise wird zu nichts anderem führen, als zur Intensivierung der Abkehr größerer Teile der Bevölkerung von den etablierten Parteien.